

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 4

Artikel: Weshalb siegte die dänische Sozialdemokratie?
Autor: Ehrlich, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weshalb siegte die dänische Sozialdemokratie ?

Von Karl Ehrlich.

Der neue große Wahlsieg der dänischen Sozialdemokratie hat überall berechtigtes Aufsehen erregt. Es ist in der Geschichte des Parlamentarismus wohl kaum ein ähnliches Beispiel zu verzeichnen. Eine Arbeiterpartei, die in einer Zeit der schwersten Krise fast sieben Jahre mit einer bürgerlichen Koalitionspartei zusammen regiert, macht erneut große Fortschritte, während die Oppositionsparteien geschlagen werden, ja die eine von ihnen ein Drittel ihres Besitzstandes verliert. Betrachten wir das Wahlergebnis an Hand der folgenden Tabelle:

	Stimmzahl		Prozent	
	1932	1935	1932	1935
Sozialdemokraten	660,839	759,071	42,7	46,1
Radikale	145,221	151,497	9,4	9,2
Kommunisten	17,179	27,141	1,1	1,6
Rechtsverband	41,238	41,178	2,7	2,5
Venstre	381,862	292,273	24,7	17,8
Freie Volkspartei	—	52,780	—	3,2
Konservative	289,531	293,286	18,7	17,8
Nationalsozialisten	757	16,213	0,1	1,0
Deutsche	9,868	12,621	0,6	0,8
Andere	587	286	—	—
	1,547,082	1,646,346	100,0	100,0

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Sozialdemokratie rund 100,000 Stimmen gewonnen und ihren Stimmenanteil von 42,7 Prozent auf 46,1 Prozent erhöht hat. Auch die zweite Regierungspartei, die bürgerlichen Radikalen, hielten sich sehr gut. Ihr Anteil ging nur um 0,2 Prozent zurück. Schlimm dagegen erging es den beiden großen Oppositionsparteien. Die Konservativen, die sich seit Jahren als Sieger in einem kommenden Wahlkampfe betrachtet hatten und sich bereits als die zukünftige Regierungspartei sahen, gingen von 18,7 auf 17,8 Prozent zurück, während die Venstre fast um ein Drittel, nämlich von 24,7 auf 17,8 Prozent zurückging. Auch die Kommunisten, die nicht geringe Hoffnungen gehegt hatten, machten nur so geringe Fortschritte, daß sie eben ihre beiden Mandate behielten. Bei den Nazi reichten die Stimmen nicht einmal zu einem Mandat.

Die Regierung konnte ihre Position außerordentlich verstärken. Im aufgelösten Folkething verfügten die Regierungsparteien über 76 Mandate (62 Sozialdemokraten und 14 Radikale) gegenüber den 72 der Opposition, während sie im neuen über 82 Sitze (68 Sozialdemokraten und 14 Radikale) gegen 66 der Opposition verfügt.

Alle bisherigen Theorien über die Schwächung der Sozialdemokratie durch Teilnahme an der Regierung, insbesondere in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, brechen angesichts dieses Tatbestandes zusam-

men. Es ist ja auch nicht die erste Wahl nach Beteiligung an der Regierung, sondern bereits früher waren ähnliche Ergebnisse zu verzeichnen. Seit 60 Jahren hält der Aufstieg der dänischen Sozialdemokratie ununterbrochen an, besonders aber seit 1920, wo die Sozialdemokratie sich an der Regierung beteiligte, wie die folgenden Zahlen deutlich zeigen:

Die Sozialdemokratie erhielt:

1920 . .	389,653	Stimmen, gleich	32,0 %
1924 . .	469,949	»	» 36,6 %
1926 . .	497,106	»	» 37,2 %
1929 . .	593,191	»	» 41,8 %
1932 . .	660,839	»	» 42,7 %
1935 . .	759,069	»	» 46,1 %

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Es ist natürlich schwer, eine vollgültige Erklärung zu geben. Aber als neutraler Beobachter kann man doch eine ganze Reihe von Gründen erkennen, die zweifellos dazu beigetragen haben. Zunächst die negativen, die die Niederlage der Oppositionsparteien herbeigeführt haben. Aus der sehr lebhaften Debatte, die die enttäuschten Wähler der Konservativen und der Venstre gegenwärtig in ihrer Presse führen, geht vor allem hervor, daß *die Angst vor dem Faschismus* eine nicht geringe Rolle gespielt hat. Die Wähler gaben klar und deutlich zu erkennen, *daß sie vor allem Demokratie und Freiheit bewahren wollen*. Diese sehen sie am besten aufgehoben bei der *Sozialdemokratie*, die sich immer klar und vorbehaltlos zur Demokratie bekannt und auch gegenüber den kommunistischen Anbiederungsversuchen einen scharfen Trennungsstrich gezogen hat. In der konservativen Presse wird sehr offen zugegeben, daß die Propaganda und das Auftreten der halbnazifizierten konservativen Jugendorganisation die Konservativen viele Wähler gekostet hat.

So ist das Wahlergebnis in erster Linie als ein starkes Bekenntnis zur Demokratie gegenüber jeglichen Diktaturtendenzen zu betrachten. Das zeigt auch der geringe Einfluß der Nazi und der Kommunisten. Die Kommunisten redeten unter dem Eindruck dieser demokratischen Volksstimmung gar nicht mehr von der »Diktatur des Proletariats«, sondern vom Schutz der Demokratie, getreu den neuen Thesen Dimitroffs. Sie bezeichneten sich als den linken Flügel der Arbeiterbewegung, der gestärkt werden müsse, und erklärten sich bereit, die Regierung Stauning zu unterstützen, die sie bisher bekämpft hatten. Aber die scheindemokratischen Phrasen nützten ihnen nichts, weil die Wähler nicht an deren Ehrlichkeit glaubten. Allzulange hatten sie das genaue Gegenteil gepredigt.

Der Wahlausgang ist zum zweiten eine scharfe Absage an den mangelnden Verhandlungswillen und die fehlende Verständigungsbereitschaft der Opposition. Die Wähler wollten keine Agitation und Propaganda, keine Sabotage im Parlament, wie die Opposition sie getrieben hatte, sondern praktische Vorschläge, positive Arbeit und Ergebnisse,

keine einseitige Interessenpolitik, sondern eine Politik, die allen Teilen des Volkes gerecht wird.

Eine solche Politik hat das Kabinett Stauning in hohem Maße getrieben. Das Instrument dazu war die von der Opposition besonders scharf attackierte Valutazentrale, mit deren Hilfe nicht nur der dänische Import auf die Länder umgelegt werden konnte, die den dänischen Export aufnehmen, sondern unter deren Schutz auch die dänische Industrie einen großen Aufschwung nahm. Eine ganze Reihe von Industrien wurde neu geschaffen. Rund 70,000 Arbeiter kamen mehr in Arbeit. Es war für den ausländischen Beobachter interessant zu sehen, daß zum Beispiel in einer ganzen Reihe derartiger Betriebe, die heute mehrere hundert Arbeiter beschäftigen, die Fabrikleitung sozialdemokratische Wahlversammlungen gestattete und ihre Beschäftigten darauf hinwies, daß sie ihren Arbeitsplatz ausschließlich der Regierung Stauning verdankten und daß, wenn die Valutazentrale nach dem Willen besonders der agrarischen Opposition und der Großhandelskreise wieder verschwände, Zehntausende von Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verlieren würden.

Das Entscheidende für die dänische Wirtschaft aber war, daß die Regierung den Lebensstandard der breiten Masse trotz der schweren Krise nicht nur aufrechterhalten, sondern verbessert hat. Während man in vielen Ländern mit Abbau- und Sparmaßnahmen Herr werden wollte, hat die Regierung Stauning das Gegenteil getan. Sie hat für Arbeitsbeschaffung mehr als eine halbe Milliarde Kronen ausgegeben. Dadurch gelang es, die Zahl der Arbeitslosen von 200,000 im Januar 1933 auf etwa 60,000 im Oktober 1935 herabzudrücken. Gleichzeitig wurde die Arbeitslosengesetzgebung verbessert und etwa 130 Millionen Kronen an Sonderbeihilfen für die Arbeitslosen zur Verfügung gestellt. Die Sozialgesetzgebung wurde durch eine Sozialreform weitgehend verbessert und die Alters- und Invalidenrenten dem Index angepaßt, so daß sie mit steigenden Preisen ebenfalls steigen. Als die Unternehmer im Jahre 1933 durch eine Riesenaussperrung die Arbeitslöhne um 20 Prozent herabsetzen wollten, griff die Regierung ein und verhinderte das durch ein Sondergesetz, das die Aussperrung verbot. Sie zögerte allerdings auch nicht im Anfang dieses Jahres, einen Schlächtereiarbeiterstreik in den großen Exportschlächtereien zu verhindern, der den wichtigsten dänischen Export, nämlich den des Bacon nach England, zu vernichten drohte und damit schwere Gefahren für die dänische Gesamtwirtschaft heraufbeschworen hätte. Sie ging von der Auffassung aus, daß eine kleine, besonders wichtige Arbeitergruppe nicht ihre eigenen Interessen über die der Gesamtarbeiterschaft setzen dürfe. Dieser Mut zur Verantwortung und zum Eingreifen hat das Ansehen der Regierung in allen Schichten gestärkt. Man sah, daß die Regierung sich nicht treiben läßt, sondern den Willen zu energischer Führung hat und, wenn nötig, diesen Willen auch gegen ihre eigenen Anhänger durchsetzt.

Diesen Willen zur Führung und Macht bekamen auch die Anhänger der desperaten L. S.-Bewegung, einer radikalen Landwirtebewegung,

die unter der Führung von halbnazistischen Rittergutsbesitzern steht, zu spüren, als sie ihren verunglückten Bauernzug zum König veranstalteten und später den Valutastreik durchführen wollten.

Die Regierung konnte mit um so größerer Berechtigung gegen diese ewig unzufriedenen Landwirte vorgehen, weil sie im Laufe der letzten Jahre bewiesen hatte, daß sie keine einseitige Arbeiterregierung ist, sondern durchaus Verständnis hat für die berechtigten Interessen der Landwirtschaft. Eine große Zahl von Maßnahmen, die sie zur Unterstützung der Landwirtschaft durchführte und die zum Teil auch Opfer von seiten der städtischen Bevölkerung, der Arbeiter und Konsumenten in Form von höheren Preisen verlangten, haben denn auch ihre Früchte getragen. Gleichzeitig mit der Besserung der Preise auf dem englischen Markt haben sie die Wirkung gehabt, daß man heute von einer eigentlichen Gesamtkrise in der dänischen Landwirtschaft nicht mehr sprechen kann. Es gibt Leute, die behaupten, daß die Krise in der dänischen Landwirtschaft überhaupt vorüber sei. Das ist vielleicht etwas zuviel gesagt. Aber Tatsache ist, daß das »Landwirtschaftliche Betriebsbüro« für das jetzt abgelaufene landwirtschaftliche Jahr eine Rente von 4,1 Prozent errechnet. Da man den Rentabilitätssatz der Landwirtschaft mit 5 Prozent annimmt, fehlt also nur noch wenig bis zur vollen Rentabilität.

Diese Politik des Ausgleichs und der Förderung aller Erwerbszweige, diese aktive Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungspolitik, die einen allgemeinen Aufschwung herbeiführte, war es wohl, die neben den anfangs angeführten Gründen der dänischen Sozialdemokratie ihren Sieg ermöglichte.

Aber alle noch so großen Erfolge und guten Ergebnisse nützen nichts, wenn es nicht gelingt, sie zu popularisieren, so daß sie ins Bewußtsein des Volkes eindringen. Das ist hier aber zweifellos in überaus hohem Maße gelungen. Damit komme ich zu den letzten, nicht minder wichtigen Faktoren, die zum Wahlsieg beigetragen haben.

Da ist in erster Linie die sozialdemokratische Presse zu erwähnen, die mit ihren 62 Tageszeitungen ins letzte Dorf hineinkommt und dadurch den Resonanzboden für die Partei vorbereitet hat. Niemand, der Augenzeuge des letzten Wahlkampfes war, konnte sich dem Eindruck entziehen, daß die Sozialdemokratie mit ihren Riesenplakaten, ihren Flugblättern und ihren Lautsprecherautos die Straße beherrschte. Ihre Propaganda war derjenigen der Gegner überlegen. Das hat seine Gründe einmal in der an und für sich starken und finanziell leistungsfähigen Organisation der Partei, die mit ihren 1200 Ortsvereinen und fast 200,000 Mitgliedern einen Faktor bedeutet, dem die Gegner nichts Entsprechendes an die Seite zu stellen haben. Eine wirksame Unterstützung findet dieser Apparat durch die Aktivität des sozialistischen Jugendverbandes mit seinen 24,000 Mitgliedern, die eine Werbetruppe von unschätzbarem Wert darstellen. Von entscheidender Bedeutung aber ist die Tatsache, daß die Gewerkschaften sich restlos für die Sozialdemokratie eingesetzt haben. Nicht nur, daß sie, wie auch schon früher, erhebliche Beiträge zum Wahlfonds leisteten, nein, sie stellten

auch ihren Apparat der Partei für den Wahlkampf zur Verfügung. Die einzelnen Gewerkschaften veranstalteten zum Beispiel Mitgliederversammlungen, in denen die sozialdemokratischen Abgeordneten über die Bedeutung der Wahl referierten. In den Provinzstädten konnte während des Wahlkampfes keine Arbeiterorganisation eine Versammlung oder ein Vergnügen veranstalten ohne die Genehmigung des örtlichen Wahlkomitees. Viele schon lange vorbereitete Veranstaltungen mußten verschoben werden, andere fanden statt, sofern ein Lokal zur Verfügung stand, aber ein sozialdemokratischer Kandidat hielt dort gleichzeitig eine Wahlrede.

Diese enge Zusammenarbeit aller Glieder der Arbeiterbewegung, insbesondere der Partei und Gewerkschaften, die Einigkeit und Geschlossenheit, dieser restlose Einsatz der gesamten Arbeiterbewegung für ein Ziel, hat auch bei dieser Wahl seine Früchte getragen. Was eine wirkliche Einheit und Zusammenarbeit aller Kräfte der Arbeiterbewegung bedeuten kann, das Beispiel für die internationale Arbeiterbewegung gegeben zu haben, darf sich das kleine Dänemark rühmen.

Eine Krise des Faschismus?

Von Dr. Hermann Paul.

Es hat ernsthafte politische Beobachter gegeben, die vom Jahre 1935 einen politischen Umschwung erwarteten: vor allem eine Festigung des europäischen Friedens und den Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Das Jahr wird nun bald zu Ende gehen, aber die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Mehr noch: die Aussichten für das Jahr 1936 stehen nicht günstiger als vor Jahresfrist. Das soll und darf uns nicht entmutigen, aber es sollte uns lehren, daß Demokratie und Sozialismus noch ganz andere Anstrengungen zu machen haben, um auf den Gang der Ereignisse einen stärkeren und entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Statt gefestigter Friedensgarantien hat uns das Jahr 1935 den Eroberungskrieg des faschistischen Italiens gegen Abessinien gebracht, den Krieg eines Mitgliedstaates des Völkerbundes gegen den andern. Die allzu verspäteten Einsprüche Englands und anderer Staaten gegen diesen kolonialen Annexionskrieg haben die kriegerischen Aktionen Mussolinis ebensowenig aufzuhalten vermocht, wie die wirtschaftlichen Sanktionen. Von dem stärkeren Druckmittel der militärischen Hilfeleistung, das nach dem Statut des Völkerbundes sofort nach der Eröffnung der italienischen Feindseligkeiten hätte angewendet werden müssen, wurde Abstand genommen, weil man bei der mit Explosivstoff geladenen Atmosphäre in Europa den Ausbruch eines europäischen Krieges befürchten mußte. Nur das unbedingte Zusammengehen und die zu jeder äußersten Maßnahme entschlossene Haltung Frankreichs, Rußlands und Englands hätte Italiens Verzicht erzwingen können, ohne die ernstesten Konsequenzen einer italienisch-deutschen Gegenaktion befürchten zu müssen. Da das feste Einvernehmen zwischen Frankreich,